

Frieden ist jede Mühe wert!



Gregor Gysi bei einer LINKE Kundgebung in Leipzig.

DR. GREGOR GYSI

► Bundestagsabgeordneter

Über ein Jahr müssen wir nun den völkerrechtswidrigen Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine miterleben. Bei dem völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegen Serbien und bei der völkerrechtswidrigen Lostrennung des Kosovo habe ich in Gesprächen mit damaligen Regierungsmitgliedern gewarnt, dass dies Schule machen könne, was leider eingetreten ist. Vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine wurde vom Westen vieles falsch gemacht und die Ukraine hat Minsk II verletzt. Das Donbass-Gebiet wurde nicht autonom innerhalb der Ukraine. Außerdem war das damalige Verbot der russischen Sprache in fast allen öffentlichen Bereichen ebenso falsch. Nur russisch sprechende Soldaten und Offiziere verließen daraufhin die ukrainische Armee. All dies rechtfertigt aber niemals einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg. Wir erleben Kriegsverbrechen, insbesondere von russischer Seite: Folter, Tötung von Zivilisten, Vergewaltigungen. Es muss ein völkerrechtlicher Weg gefunden werden, Schuldige bei allen Kriegen zur Verantwortung zu ziehen. Unsere Solidarität gehört der ukrainischen Bevölkerung.

Doch wie sieht unsere Solidarität aus? Als ich letztes Jahr zusammen mit Professor Trabert, dem Kandidaten der Linken für die Wahl zum Bundespräsidenten, mehrere Tage in der Ukraine war und u.a. medizinische Geräte und Spenden übergab, bat der Bürger-

meister von Wyschhorod, einer Stadt mit 27.000 Einwohnern vor den Toren Kiews, um einen kleinen Bus, einen Traktor und eine Betonmischmaschine, um die Zerstörungen beseitigen zu können. Meine entsprechende Bitte an den Bundeswirtschaftsminister Habeck wurde aber abgelehnt. Geld für Panzer ja, für eine Betonmischmaschine nein?

Dass es schließlich unter Mithilfe des sächsischen CDU-Ministerpräsidenten Kretschmer gelang, mit einer Städtepartnerschaft die Bitten des Bürgermeisters von Wyschhorod doch noch zu erfüllen, zeigt, wie man über Parteigrenzen hinweg etwas erreichen kann. Das Verhalten der Bundesregierung bleibt indiskutabel.

Die Frage, wie das Grauen dieses Krieges beendet werden kann, treibt unsere ganze Bevölkerung um. Es gibt im Kern zwei unterschiedliche Antworten. Wenn wir eine tiefe Spaltung unserer Gesellschaft verhindern wollen, sollten wir respektieren, dass die einen wie die anderen Frieden zwischen Russland und der Ukraine wollen. Die einen glauben, mittels Waffenlieferungen das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine zu stärken und einen gerechteren Frieden zu erreichen. Wir, die das anders sehen, dürfen sie nicht als Kriegstreiber oder Ähnliches beleidigen.

Diejenigen, die wie wir unverzüglich einen Waffenstillstand wollen, möchten das Töten, Verletzen, die Zerstörungen sofort beenden. Deshalb ist es

ebenso falsch, uns als Putin-Knechte zu bezeichnen. Der Generalstabschef der US-Streitkräfte Milley sagt, dass weder Russland noch die Ukraine den Krieg gewinnen können. Wenn das stimmt, bedeutet dies einen jahrelangen Krieg mit immer mehr Toten, Verletzten, Zerstörungen und ohne einen

„Sieger“. Mir wird aber entgegnet, dass Putin zu einem Waffenstillstand nicht bereit sei. Warum stellt der Westen nicht endlich die russische Führung auf die Probe? Mit Einverständnis der ukrainischen Führung könnte die NATO erklären, dass sie jetzt keine einzige Waffe... [Weiter auf Seite 2](#) ↗

Kinderarmut auf Rekordhoch

SUSANNE SCHAPER

► Vorsitzende DIE LINKE, Sachsen

Das Krisengeschehen von Corona bis Inflation macht sich weiter bemerkbar. Kürzlich musste der Paritätische Wohlfahrtsverband seinen Armutsbericht 2022 sogar nach oben korrigieren. 14,1 Millionen Menschen sind in einem der reichsten Länder der Welt armutsgefährdet. Besonders bitter: Jedes fünfte Kind ist betroffen. Diese Kinder werden damit schon von Anfang an in der sozialen Teilhabe eingeschränkt und sind gesundheitlich stärker gefährdet – körperlich und psychisch. Auch in Sachsen leben 20,8% der Kinder unter der Armutsschwelle. Ein trauriger Rekord!



Angesichts der alarmierenden Zahlen sind die politischen Maßnahmen

völlig unzureichend. Auf Bundesebene droht die lange geforderte Kindergrundsicherung nun durch das FDP-Finanzministerium wieder zu kippen. Und kleinschrittige Maßnahmen wie ein geringer Kinder-Sofortzuschlag oder ein einmaliger „Zuckertüten-Check“ können den aktuellen Preisentwicklungen bei Weitem nicht beikommen. Mit politischer Kurzsichtigkeit ist es nicht getan, um Kinder und Jugendliche aus der Armutsspirale zu befreien.

Die Linksfraktion legte darum im Dezemberplenum des Sächsischen Landtags einen Antrag vor, um die Jüngsten endlich langfristig zu schützen. Ein Landesaktionsplan gegen Kinder- und Jugendarmut sowie ein entsprechender Landesgipfel sind überfällig. Auch die soziale Infrastruktur muss nachhaltig gestärkt werden, um gegenzusteuern. Die Landesregierung sah keinen Handlungsauftrag und lehnte die Forderungen ab. ■

Fortsetzung von Seite 1

...mehr an die Ukraine liefern würde, wenn die russische Führung einem sofortigen Waffenstillstand zustimmen würde. Würde die russische Führung Nein sagen, würde sie damit indirekt auch zustimmen, dass die Waffenlieferungen der NATO weitergehen. Das würde also Putin beachtlich unter Druck setzen und könnte den Korridor für Friedensverhandlungen öffnen. Diese werden zweifellos langwierig und kompliziert, aber Frieden sollte uns jede Mühe wert sein.

Wir müssen einen Weg finden, wie wir zu strikter Wahrung des Völkerrechts durch alle Seiten zurückkehren.

Der Philosoph Jürgen Habermas sagte, dass es einen Unterschied gäbe, ob man verlange, dass die Ukraine siegen müsse, oder ob man sage, dass sie nicht verlieren dürfe. Kompromisse sind denkbar (z.B. doppelte Staatsbürgerschaft).

Wir müssen einen Weg finden, wie wir zu Deeskalation, Abrüstung, Interessenausgleich, viel mehr Diplomatie und strikter Wahrung des Völkerrechts durch alle Seiten zurückkehren. Das schließt ein, keine neue Blockkonfrontation aufzubauen und zum Beispiel die chinesische Initiative für eine Beendigung des Kriegs Russlands gegen die Ukraine ernst zu nehmen und nicht abzutun. Es entsteht aber mit dem BRICS-Bündnis (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) ein neuer Block. Das stärkt diese Länder und schwächt die USA, die vornehmlich in China eine Herausforderung sehen.

DIE LINKE ist sich in diesen Fragen viel einiger, als es uns in den Medien immer wieder weisgemacht wird, manchmal auch von Mitgliedern unserer Partei. Wir brauchen gemeinsamen Druck auf der Straße und in den Parlamenten, damit sich die Bundesregierung und der Bundestag endlich „für einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative für anschließende Friedensverhandlungen zusammen mit europäischen und nicht-europäischen Staaten, z.B. Brasilien, einsetzen, durch die ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine garantiert und langfristig ein System gemeinsamer europäischer Sicherheit mit Russland ermöglicht werden soll.“ (Antrag der LINKEN im Bundestag) Dass dieser Forderung der Linksfraktion im Bundestag von keiner der anderen Fraktionen zugestimmt wurde, macht sie nicht falsch, sondern deutlich, wie wichtig es ist, dass es mit der LINKEN eine Partei gibt, die diesen Krieg nicht auf dem Schlachtfeld und unter Inkaufnahme von weiteren Hunderttausenden Opfern, sondern politisch und lösend beenden will. DIE LINKE war, ist und bleibt eine Friedenspartei. ■

Corona-Folgen: Kinder zahlen hohen Preis

DR. VOLKER KÜLOW

► Stadtrat, Sprecher für Sozialpolitik

Ende Februar wurde von der sächsischen Staatsregierung eine bemerkenswerte Studie zur psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern im Freistaat Sachsen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu den wesentlichen Ergebnissen der 82 Seiten umfassenden Studie gehörte, dass die Zahl der seelischen Erkrankungen von jungen Menschen während der Corona-Pandemie insbesondere durch die unnötig langen Schulschließungen zum Teil deutlich zugenommen hat. Besonders betroffen sind junge Mädchen, die verstärkt unter Depressionen, Angststörungen und Essstörungen leiden. Insgesamt stellte die Studie fest, dass die Neuanklagen für entsprechende Behandlungen während der Pandemie stark

gestiegen sind, obwohl die Beratungs- und Therapieplätze schon vor Corona ausgelastet gewesen seien.

Deshalb werden die Wartelisten immer länger und daher müssen die Angebote deutlich ausgebaut werden. Auf dieses Ziel waren auch die Nachfragen der Linksfraktion im Stadtrat zur aktuellen Situation in Leipzig ausgerichtet. Diese ergaben, dass auch an der Pleiße der Versorgungsdruck in der Kinder- und Jugendpsychiatrie zugenommen hat, auch wenn noch keine konkreten Daten vorliegen. Jeder niedergelassene Kinderarzt bzw. jede Kinderärztin kann über die prekäre Lage täglich ein Lied singen, in den Praxen stieg die Zahl der betroffenen Schülerinnen und Schüler in der Vergangenheit signifikant an. Da in diesem Versorgungsbereich aber nicht genügend Therapien angeboten werden können, hat das auch Auswirkungen auf Beratungs-

angebote und andere Jugendhilfeeinrichtungen der Stadt, die Kinder und Jugendliche mit psychosozialen Problemen betreuen.

Angesichts dieser angespannten Situation muss dringend gehandelt werden und es braucht neue Angebote. Manches kann dabei verhältnismäßig zügig und ohne große Kosten geschehen: Wir drängen derzeit die Verwaltung beispielsweise auf die möglichst schnelle Einführung der App „Between the Lines“. Mit diesem digitalen Plattformmodell werden die vorhandenen Hilfsangebote der Stadt Leipzig zusammengetragen und so präsentiert, dass sich Kinder und Jugendliche zum Umgang mit verschiedenen belastenden Situationen und psychischen Krankheiten einen besseren und schnelleren Zugang zur Unterstützung organisieren können. Leipzig kann diese digitale Jugendhilfe wirklich gut gebrauchen! ■



Sichtbare Folgen unzureichender ÖPNV-Finanzierung.

ÖPNV-Finanzierung sichern

Sozialticket als Deutschland-Ticket ermöglichen

FRANZISKA RIEKEWALD

► Stadträtin, Sprecherin für Mobilität

Bus oder Bahn fahren in Leipzig über Monate in größeren Abständen, kamen zu spät oder fielen ganz aus. Der Frust der Fahrgäste war nachvollziehbar, allerdings ist die Schuldzuweisung allein an die Leipziger Verkehrsbetriebe zu kurz gegriffen.

Nach zwei Pandemie Jahren und der Energiepreiskrise tritt die seit vielen Jahrzehnten von der LINKEN kritisierte unzureichende Finanzierung des ÖPNV krass zutage. Gebetsmühlenartig haben wir wiederholt: Öffentlicher Nahverkehr ist Daseinsvorsorge und braucht ausreichend öffentliches Geld. Immer wieder haben sich Bund und Land aus der Verantwortung gezogen, haben die Kommunen und die Verkehrsunternehmen allein gelassen. Doch jetzt ist ganz offensichtlich ein Punkt erreicht, an dem der Stadthaushalt und die Ticketerlöse die Finanzlücke nicht mehr schließen können.

Zum 1. Oktober wurden die Fahrpreise erhöht. Im September hat der Stadtrat einen 15-Millionen-Euro-Zuschuss für die LVB beschlossen. Und trotzdem ist eine Deckung des Finanzbedarfs nicht in Sicht. Aktuell liegt der zusätzliche Finanzbedarf bei ca. 20 Mio. Euro jährlich. Das Einstiegsgehalt der Fahrerinnen und Fahrer liegt bei ca. 2.200 Euro brutto, also mit ca. 13,60 Euro Stundenlohn knapp über Mindestlohn. Auch hier besteht Handlungsbedarf. Ohne angemessen bezahltes, gut ausgebildetes und motiviertes Personal in ausreichender Anzahl wird es keinen attraktiven Nahverkehr geben. Deshalb unterstützen wir die Forderungen der Beschäftigten im Tarifkampf.

Bund und Land müssen endlich ihre Verantwortung wahrnehmen. Wenn die Ampel-Regierung ihre eigene Klima- und Sozialpolitik ernst nimmt, muss sie Verkehrswende und ÖPNV-Finanzierung einen deutlich höheren Stellenwert einräumen. Beim Nachfolger des 9-Euro-Tickets, dem 49-Eu-

ro-Ticket, werden wir als LINKE daher genau darauf achten, dass nicht wieder ein Teil der Finanzierung bei den Verkehrsunternehmen hängen bleibt.

Das Deutschlandticket (49-Euro-Ticket) ist ein gutes Angebot, um die Verkehrswende voranzutreiben und über das Leipziger Stadtgebiet hinaus mobil zu sein. Während die Bediensteten der Stadt und anderer Betriebe für 31,54 Euro ihr LVB-Jobticket als Deutschlandticket erhalten, sind Nutzerinnen und Nutzer des Sozialtickets bei Kosten von monatlich 35 bzw. 31,20 Euro im Abo von der deutschlandweiten Nutzung ausgeschlossen. Es ist mehr als ungerecht, dass mit Steuergeldern zwar die Bediensteten der Stadt subventioniert werden, aber nicht an die wirklich Bedürftigen gedacht wurde. DIE LINKE fordert daher mit einem Antrag im Stadtrat, dass das Leipziger Sozialticket deutschlandweit Gültigkeit haben soll. Damit Mobilität für alle bezahlbar wird. ■

Preiskrise mit sozialer Politik gedämpft

STEFFEN WEHMANN

► Stadtrat, Sprecher für Finanzen

Die Folgen der Corona-Pandemie, des Ukraine-Krieges und der Energiepreiskrise sowie das sehr zögerliche Handeln der Ampel-Regierung haben zu einer gesellschaftlichen Krise geführt, die auch um Leipzig keinen Bogen macht. Die zusätzlichen finanziellen Belastungen werden Leipzig gut ein Jahrzehnt intensiv beschäftigen: Das Defizit im beschlossenen Doppelhaushalt 2023/2024 liegt insgesamt bei ca. 578 Mio. EUR. Das kann nur durch Kredite ausgeglichen werden. Die Verschuldung könnte sich auf ca. 1,4 Mrd. EUR erhöhen und so im Vergleich zu 2022 mehr als verdreifachen.

Eine Ursache dafür ist, dass Bund und Land die Stadt nicht ausreichend unterstützen. Insbesondere unsere kommunalen Unternehmen – wie das Krankenhaus St. Georg, die Stadtwerke und die Verkehrsbetriebe – gerieten unverschuldet in eine wirtschaftliche Problemlage. Klar ist darüber hinaus, dass die Haltbarkeit der Planungen auf der Einnahmen- (u. a. Gewerbesteuer) wie auf der Ausgabenseite vor allem auch davon abhängt, wie tief der Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung sein wird. Da machen die Aussagen der Wirtschaftsinstitute aber wieder etwas mehr Hoffnung.

Die Linksfraktion hatte dennoch gewichtige Gründe, beiden Haushaltsplänen am 8. Februar zuzustimmen. Über 80 Prozent unserer Anträge wurden angenommen, u. a. mehrere „rote“ Haltelinien wie die Förderung von Vereinen und Verbänden der Kinder- und Jugendhilfe, die beantragten Zuschüsse für die Leipziger Tafel, die monatlich 22.500 Bedürftige versorgt und ca. 1.000 weitere auf einer Warteliste führt, die weitreichende personelle Stärkung der Wohngeldstelle, des Bürgerservices sowie des Ordnungsamtes

und die Stärkung des kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus sowie die Erhöhung der Wirtschaftsförderung. Wir konnten mit anderen Fraktionen Kürzungen u. a. im sozialen Bereich vermeiden und teilweise sogar Erhöhungen einzelner Budgets durchsetzen. Der finanzielle Mehrbedarf wurde mit der Übernahme unseres Antrages „Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer“ durch die Verwaltung mehr als abgesichert. Weiterhin ist es uns nach fast zwei Jahrzehnten endlich gelungen, den Bürgerhaushalt über das Stuttgarter Modell hinaus in Leipzig durchzusetzen und dauerhaft zu etablieren.

Das ist ein großer Erfolg und ein wesentlicher Beitrag für ein sozial gerechtes Leipzig. Es hilft, die größten Verlierer der Energiepreiskrise – sozial benachteiligte Einwohner*innen und Kinder in prekären Lebenslagen – vor dem weiteren sozialen Abstieg zu bewahren und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu sichern! Problematisch bleibt allerdings die Verschiebung bzw. schleppende Umsetzung von Investitionen, die zur Stärkung der Wirtschaft spürbar fehlen. ■

Linke Erfolge:

- Unterstützung für die Tafel Leipzig
- Kinder & Jugendliche gestärkt
- Mehr Geld für Kultur, Sport und Soziales
- Klimafreundlicher und energiesparender Umbau gefördert

und im Gegensatz zur unzureichenden Gas- und Strompreisbremse für spürbare Entlastung sorgen. Für seit März 2022 abgeschlossene Verträge ist es möglich, nach Ablauf der Erstvertragslaufzeit jederzeit mit einer Frist von einem Monat den Gas- und Stromvertrag zu wechseln.

Viele Kundinnen und Kunden der Stadtwerke Leipzig (SWL) konnten sich das aber nur wünschen. Die SWL machten bisher einen Wechsel des Vertrages ausschließlich online möglich. Der Wechsel mit Zettel und Stift: Ausgeschlossen! Treue, nicht online-affine Stammkundinnen und -kunden wurden faktisch von günstigeren Preisen ausgeschlossen. Diese „digitale Exklusion“ vornehmlich älterer Menschen wurde für gute Umsatzzahlen willentlich in Kauf genommen. Städtische und andere öffentliche Unternehmen der Daseinsvorsorge stehen jedoch in besonderer Verantwortung. Die



Proteste gegen die Energie- und Inflationskrise

Günstigere Gas- und Strompreise für alle!

OLIVER GEBHARDT

► Stadtrat, Mitglied im Aufsichtsrat Stadtwerke

Energiepreise deutlich unterhalb der Gas- und Strompreisbremse: Das ist jetzt möglich! Während Spekulationen in Folge des Ukraine-Krieges für faktisch mehr als verdoppelte Energiekosten für Haushalte in 2021 und 2022 sorgten, beruhigen sich jetzt die Märkte und die Preise fallen wieder. Aber viele Leipzigerinnen und Leipziger haben nun Energieverträge mit Preisen jenseits der Gas- und Strompreisbremse. Ein Wechsel des Vertrages kann so mehrere hundert Euro im Jahr sparen

Linksfraktion erwartet klar, dass sich unsere kommunalen Unternehmen deutlich der inklusiven Versorgung aller Menschen verschreiben. Es war daher für uns nicht nachvollziehbar, dass ein Wechsel nicht auch schriftlich oder in den Service-Centern der SWL möglich sein sollte.

Um das zu ändern, erhöhte die Leipziger Linksfraktion den Druck auf Oberbürgermeister Jung und die Stadtwerke Leipzig deutlich. Mit einem LINKEN-Antrag an den Stadtrat wollten wir die Stadtwerke anweisen lassen, allen Kundinnen und Kunden den Wechsel in günstigere Gas- und Strompreise auch in den Filialen sowie mit Papier und Stift zu ermöglichen. Innerhalb einer Woche reagierte die Leipziger Gruppe: Sie gab dem Druck von links nach und ermöglichte den Vertragswechsel auch in den Service-Centern vor Ort! Ein bedeutsamer Erfolg LINKER Kommunalpolitik für soziale

Gerechtigkeit. Alle Leipzigerinnen und Leipziger können nun wechseln und von günstigeren Gas- und Strompreisen profitieren. ■

Jetzt wechseln?

Sie wollen jetzt in einen günstigeren Gas- und Stromvertrag wechseln? Kein Problem!

Beratungszentrum der Leipziger Stadtwerke in der Pfaffendorfer Straße. 2.

Öffnungszeiten:
Mo./Mi. 8-16 Uhr;
Di./Do. 10-18 Uhr;

Bei weiteren Fragen sind die Stadtwerke Leipzig unter 0341-121 3333 erreichbar (Mo. bis Fr. 8-18 Uhr sowie Sa. 10-16 Uhr).



Solidarisch an der Seite der Streikenden

Verhandlungen gescheitert !?

Warum die Streiks richtig und wichtig sind und die Beschäftigten unsere volle Solidarität verdienen

LIVIA STÖCKMANN

► Genug ist Genug Leipzig

Die Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst dauern bereits einige Wochen an. Nun die ernüchternde Nachricht: Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern sind gescheitert. Sie sind aber nicht gescheitert, weil zu viel verlangt oder gestreikt wurde. Nein. Die Verhandlungen scheiterten, weil die Arbeitgeber, die Wirtschaft und weite Teile der Politik noch immer nicht verstanden haben, worum es den Streikenden eigentlich geht. Die Beschäftigten wollen nicht einfach aus einer Laune heraus mehr Geld haben. Im Gegenteil: Die Reallöhne sinken seit Jahren. Gleichzeitig sind Inflationsrate und Lebenshaltungskosten so hoch wie noch nie. Wer heute den Mindestlohn verdient, konnte sich bereits

gestern das Leben einfach nicht mehr leisten und wird es morgen erst recht nicht können. Wenn die Beschäftigten streiken, dann kämpfen sie für eine gerechte Bezahlung im Öffentlichen Dienst und damit für nicht weniger als bessere öffentliche Daseinsvorsorge.

DIE LINKE unterstützt die Forderungen der Streikenden und solidarisiert sich mit allen Beschäftigten im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und für faire Löhne. Gemeinsam mit dem Bündnis „Genug ist Genug“ entstanden so in den letzten Wochen viele Aktionen zur Unterstützung der Streikenden. In Leipzig sind wir beispielsweise zusammen mit den Beschäftigten der Verkehrsbetriebe aktiv geworden. Bereits bei den ersten Betriebsversammlungen, als Streik nur eine Idee war, waren wir stets vor Ort, um unserer

Solidarität Ausdruck zu verleihen. Im Rahmen einer gemeinsamen Postkarten-Aktion sammelten wir über 1.000 Unterschriften für die Forderungen der Beschäftigten, welche wir anschließend gemeinsam im Rathaus verteilten. Auch bei den Streiks selbst waren wir immer wieder an den jeweiligen Streikposten zur Stelle, um den Beschäftigten den Rücken zu stärken. Gerade im Öffentlichen Dienst erfahren die Streikenden viel Unverständnis und Anfeindungen. Genau deswegen ist es so wichtig, sich mit ihnen zu solidarisieren und einer Spaltung der Bevölkerung entgegenzuwirken.

Doch wie geht es jetzt weiter? Die Streikwelle, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, gab es in einem solchen Ausmaß schon lange nicht mehr. Auf der einen Seite macht das deutlich,

wie ernst die Situation der Beschäftigten ist. Auf der anderen Seite zeigt das aber auch, wie groß der Wille der Streikenden ist, sich endlich gerechte Löhne zu erkämpfen. Der Druck auf die Regierungsparteien, Wirtschaft und Arbeitgeber ist massiv. Und das ist auch verdammt gut so!

Die Forderungen der Beschäftigten sind das Mindeste und von ihnen soll und darf nicht abgewichen werden. Dass die Verhandlungen im Öffentlichen Dienst gescheitert sind, bedeutet nicht, dass der Kampf nun vorbei ist, sondern dass er gerade erst anfängt. Es wird und muss weiteren Streik geben. Der Druck muss so groß werden, dass die Arbeitgeber endlich ein annehmbares Angebot vorlegen. Dazu verdienen und bekommen die Streikenden unsere volle Solidarität! ■

Volksentscheid zum 8. März: Frauentag soll auch in Sachsen Feiertag werden!

SUSANNE SCHEIDEREITER

► Sprecherin für Gleichstellung, DIE LINKE, Sachsen

Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gehen mit gutem Beispiel voran: Hier ist der 8. März, der Internationale Frauentag, 2019 bzw. 2023 zum Feiertag erklärt worden. Das wollen wir für Sachsen auch! Als DIE LINKE sind wir dabei Teil eines Bündnisses um Verdi. Gemeinsam mit dem DGB, den Grünen, der SPD, dem sächsischen Genderkompetenzzentrum u. a., haben wir es uns zur Aufgabe gemacht, für einen Volksantrag 40.000 Unterschriften zu sammeln.

Der Volksentscheid läuft seit dem 12. November 2022 und soll Ende August in diesem Jahr einen erfolgreichen Abschluss finden, so dass sich das sächsische Landesparlament mit dem Thema befassen muss und hoffentlich für den Antrag entscheiden wird.

Welche Idee steht hinter diesem Volksantrag? Weshalb soll gerade der Frauen*tag ein gesetzlicher und also bezahlter Feiertag werden und nicht etwa der Kindertag? Ist es überhaupt sinnvoll, in diesen komplizierten Zeiten solch eine Forderung zu stellen? Wir denken ja! Dieser Tag wäre ein

starkes Symbol für alle Frauen* und Mädchen. Er wäre auch in Sachsen ein schönes Zeichen des Respekts und der Empathie an die Frauen*, deren Lebensleistungen und Errungenschaften! Denn nach wie vor herrscht in ihrer Lebensrealität keine Gleichberechtigung; Frauen* erleben geschlechtsbezogene Diskriminierung:

- Ihnen wird weniger zugetraut und sie werden schlechter bezahlt, wir sprechen von einer „Lohnlücke“ von immerhin 18 %
- Frauen haben weniger Karrierechancen und meist die schlechter bezahlten Jobs (Dienstleistungen, Pflege, Erziehung)
- Je höher die Führungsebene in Firmen und Konzernen, aber auch in der Politik, desto weniger Frauen* wird man finden
- Schlechter Lohn bedeutet wenig Rente: Frauen* sind besonders stark von Altersarmut betroffen
- Alleinerziehende haben ein wesentlich höheres Armutsrisiko für sich und ihre Kinder.
- 83 % dieser Gruppe sind Frauen*
- Sie tragen eine viel höhere Last bei der Sorge-Arbeit (nämlich 80 %), haben dadurch nicht nur mehr (unbezahlte) Arbeit und Stress neben

ihrem „Broterwerb“, sondern auch weniger Zeit für die schönen und auch wichtigen Dinge wie Politik und Ehrenamt

- Frauen* und ihre Kinder werden Opfer häuslicher Gewalt – durch Männer!

All das gehört zu ihrem Alltag. Viele Gründe sprechen also für den Volksantrag! Wir wollen den Frauen*tag somit aufwerten und Frauen* die Möglichkeit geben, am 8. März frei über ihre Zeit zu entscheiden, politisch aktiv zu werden und für ihre Interessen zu streiten!

Alle können den Volksantrag unterstützen, indem sie selbst unterschrei-

ben und darüber hinaus auch Freunde, Familie und Bekannte informieren. Unterschriftenlisten liegen in unseren Büros (Liebknechtthaus, linXXnet oder Interim) oder bei Verdi bzw. dem DGB aus. Unterschreiben können alle Menschen, die mindestens 18 Jahre alt sind und seit mindestens 3 Monaten ihren Hauptwohnsitz in Sachsen gemeldet haben. Für ausländische Mitbürger*innen und Mitbürger genügt eine einfache Meldebescheinigung.

Zur Info: Sachsen liegt mit 11 Feiertagen im Mittelfeld im bundesweiten Vergleich. In Baden-Württemberg und dem Saarland sind es 12, in Bayern sogar 13 – ein Argument für einen zusätzlichen Feiertag in Sachsen! ■



Aktiv für Gleichberechtigung

Sachsens LINKE

im Bundestag



Arrogant!

Die Selbstzufriedenheit von Olaf Scholz ist unerreicht. Während die Bürger unter der Preislawine für Lebensmittel, Strom, Energie und Sprit ächzen und millionenfach erdrückt werden, lobt der Kanzler die Tatkraft und die Ergebnisse seiner Koalition bei jeder Gelegenheit über den grünen Klee. Für diese arrogante Selbstzufriedenheit fehlt mir jedes Verständnis, denn die Ampel-Regierung kümmert sich um vieles, nur zu wenig um die Probleme der ganz normalen Leute im Land.

Discounter und Supermärkte erhöhen unter dem Deckmantel der Inflation massiv die Preise. Gegenmaßnahmen der Bundesregierung? Keine! Strom- und Gasversorger kassieren die Bürgerinnen und Bürger und den Staat mit Hilfe der sogenannten Preisbremsen ab und werden auch in diesem Jahr wieder Rekordgewinne einfahren. Vor der Abzocke der Konzerne verschließt Wirtschaftsminister Habeck wie gewohnt die Augen. Dafür hat er mit seinem Heizungsdiktat erneut einen ideologischen Kostenhammer in petto.

Um die tatsächlichen Probleme der Leute hier in Sachsen, um Kostensteigerungen, Mini-Renten und vielfach zu niedrige Löhne wird sich in Berlin leider so wenig gekümmert wie um eine Friedenslösung für Russlands brutalen Überfall auf die Ukraine. In dieser Situation braucht es eine LINKE, die geschlossen ihre Rolle als DIE soziale Opposition und Friedenspartei wahrnimmt. Bodenständig statt arrogant. Bürgernah statt abgehoben.

Mit kämpferischen Grüßen

Ihr Dietmar Bartsch



Verhandlungen jetzt – ohne Vorbedingungen

VON AMIRA MOHAMED ALI Über ein Jahr Krieg in der Ukraine und kein Ende in Sicht. Die Bundesregierung zeigt keinen Willen, dazu beizutragen, das Sterben so schnell wie möglich zu beenden.

Russlands Überfall auf die Ukraine ist entsetzlich, ein schweres Verbrechen und das Völkerrecht steht unmissverständlich auf der Seite der Angegriffenen. Das entbindet die Bundesregierung aber nicht von ihrer Pflicht, Friedensinitiativen zu unterstützen. Leider reden Kanzler Scholz und Außenministerin Baerbock aber nur planlos von einem vollständigen militärischen Sieg der Ukraine, ein unrealistisches und gefährliches Szenario. Andere Regierungen machen stattdessen konkrete Vorschläge für Friedensinitiativen: China, Indien, Argentinien, Mexiko, Brasilien. Der brasilianische Präsident Lula wollte Olaf Scholz für einen „Friedensclub“ gewinnen, doch der Kanzler lehnte ab – er wollte auf seiner Brasilienreise nur Verträge für Munitionslieferungen abschließen. Das ist nicht nur arrogant, es ist unverantwortlich!

Je länger der Krieg in der Ukraine andauert, desto mehr Menschen werden sterben, desto mehr Menschen werden verletzt und traumatisiert. Über Land lässt sich verhandeln, über Tote nicht. Deshalb müssen die Kriegsparteien so schnell wie möglich an einen Tisch kommen. Ob Putin dafür bereit ist? Das wissen wir erst, wenn die USA in Abstimmung mit der Ukraine ein konkretes und ehrliches Angebot vorlegen. Das konkreteste Angebot wäre: Verhandlungen ohne Vorbedingungen.

Für die Forderung nach mehr Diplomatie und gegen Waffenlieferungen gibt es große Zustimmung in unserer Bevölkerung. In der Öffentlichkeit werden diese Meinungen vielfach diskreditiert. Beleidigungen unter der Gürtellinie mit Zuschreibungen wie „Friedensschwurbler“, „Naivlinge“ oder „Putin-Knechte“ werden ausgeteilt. Speziell die Grünen fallen in dieser Debatte negativ auf: Von Kriegsrhetorik geradezu beseelt und von allen guten Geistern verlassen. Eine Grünen-Abgeordnete rief vor kurzem im Bundestag: „Panzer retten

Leben“ unter großem Applaus ihrer Partei. Gegen so eine Kriegsstimmung ist Protest nicht nur legitim, sondern absolut notwendig!

Weltweit sorgt dieser Krieg für schwere soziale Verwerfungen. In den Ländern des Südens haben unterbrochene Lieferketten und die Preisentwicklung auf den Rohstoffmärkten Armut und Hunger verstärkt. Hier in Deutschland gehen die Preise steil nach oben, viele Menschen wissen nicht, wie sie Nudeln, Gurken und Möhren überhaupt noch bezahlen sollen. Jedes zweite Unternehmen in Deutschland plant, seinen Betrieb herunterzufahren, weil die Energiekosten zu hoch sind. Das ist auch Ergebnis der Wirtschaftssanktionen, die die russische Kriegsführung kaltlassen, aber unsere Wirtschaft erstickten, vor allem in Ostdeutschland. Die drohende Deindustrialisierung unseres Landes muss aber unbedingt verhindert werden. Dafür braucht es endlich eine Politik, die für soziale Gerechtigkeit, für Frieden und für den Mittelstand einsteht. ■

Agieren statt reagieren! Solidarisch und fair!

VON DR. ANDRÉ HAHN In der letzten Ausgabe von „Leipzig konkret“ hielt ich ein Plakat mit der Aufschrift „Für Frieden und Abrüstung“. Ganz klar: Der Ukraine muss beigestanden und der verbrecherische Krieg Putins gegen das Land möglichst schnell beendet werden! Doch während sich die öffentliche Diskussion über Monate scheinbar einzig um Waffenlieferungen dreht, gerieten Verhandlungen und Diplomatie viel zu lange in den Hintergrund. Immer mehr Waffen werden den Konflikt nicht befrachten; die Eskalationsspirale muss durchbrochen werden. Ziel internationaler diplomatischer Bemühungen muss ein Waffenstillstand sein, damit Verhandlungen möglich werden!

Dass die Ampelparteien zu einer nie dagewesenen Rüstungseskalation angesetzt haben, wird den kommenden Generationen massive Schulden aufbürden. Schon jetzt fehlt Geld in der Bildung und der Pflege. Die Milliarden an Übergewinnen, die rund um den Krieg in unterschiedlichen Branchen entstehen, wandern in die Taschen von Aktionärinnen und Aktionären. Die Extraprofite der Konzerne müssen endlich besteuert werden!

Unweigerlich mit dem Krieg verbunden sind Energiekrise und Inflation. Im Wahlkreisbüro in Pirna besuchen mich zunehmend Menschen, die nicht wissen, wie sie die steigenden Kosten daheim tragen sollen und sich im Freizeitbereich sorgen, wenn Sporthallen weniger beheizt werden und auch in Schwimmbädern das Wasser

kaum noch warm genug ist, um den Schwimmunterricht der Kinder zu ermöglichen. Diese Entwicklung muss dringend gestoppt werden. Hier ist Unterstützung des Bundes erforderlich.

Vorsorge war in der Regierungspolitik der letzten Jahrzehnte leider ein Fremdwort. So verweigert die Bundesregie-

rung, die nötigen Mittel zur Beschaffung von Löschflugzeugen, um auf große Waldbrände wie zuletzt in der Sächsischen Schweiz schneller und effektiver reagieren zu können. Statt Geld für Waffen und Panzer brauchen wir dringend Investitionen in den zivilen Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen.

Nie war es wichtiger, dass DIE LINKE sich auf ihre Kernforderungen besinnt und sichtbar für soziale, antifaschistische und friedenspolitische Forderungen einsteht. Das muss uns in einem solidarischen Miteinander gelingen! ■



Dr. André Hahn

Neben Sport und Katastrophenschutz ist er in der Fraktion DIE LINKE im Bundestag seit mittlerweile 10 Jahren für die Kontrolle der Geheimdienste zuständig. Nicht nur als Stürmer im FC Bundestag ist dem studierten Lehrer ein faires Miteinander wichtig. Sein Wahlkreis ist die Sächsische Schweiz und das Osterzgebirge.

Konsequent für Menschenrechte



Clara Bünger

rückte im Januar 2022 für die langjährige Sozialpolitikerin Katja Kipping in den Bundestag nach. Geboren 1986 in Oldenburg, aufgewachsen in Freiberg, studierte sie in Leipzig Jura. Als Volljuristin engagiert sie sich beruflich und ehrenamtlich in der Menschenrechtsarbeit. In der Linksfraktion übernimmt sie jetzt die Sprecherinnenbereiche für Rechts- und Flüchtlingspolitik als Schwerpunktaufgaben. Ihren Wahlkreis hat sie im Erzgebirge.

2

VON CLARA BÜNGER Menschenrechte sind für uns als LINKE nicht verhandelbar und dennoch müssen wir jeden Tag aufs Neue für sie kämpfen und konsequent gegen Menschenrechtsverletzungen vorgehen. Dabei ist es wichtig, dass wir dahin schauen, wo Menschenrechtsverletzungen begangen werden, und die Schicksale der Betroffenen sichtbar machen. Im Dezember 2022 bin ich an die EU-Außengrenze auf die griechische Insel Kos gefahren. An der Grenze zur Türkei finden täglich Pushbacks statt. Viele Menschen sind dort schon beim Versuch, die EU zu erreichen, gestorben. Ich selbst habe während meiner Arbeit vor Ort eine Person rechtlich beraten, die anschließend aufgrund der schlechten medizinischen Versorgung gestorben ist. Dass Flüchtende und migrierende Menschen an Europas Grenzen sterben, ist kein Naturgesetz sondern die direkte Folge von politischen Entscheidungen auch hier in Deutschland – von der Kriminalisierung und Behinderung von Seenotrettung im Mittelmeer bis zum tödlichen Zaun an der polnisch-belarussischen Grenze. Gewollt und geplant mit dem Ziel: Niemand darf es als Schutzsuchende*r in die EU schaffen. Ihr Tod wird in Kauf genommen – das ist die Politik der EU und Deutschlands. Als LINKE stehen wir für Solidarität mit Menschen auf der Flucht, weil sie

nichts dafür können, dass ihre Häuser zerbombt werden, weil es vom Zufall abhängt, wo man geboren wurde und aufwächst.

Als rechtspolitische Sprecherin habe ich im vergangenen Jahr zusätzlich ein Gesetzespaket zur Bekämpfung der Klassenjustiz in den Bundestag eingebracht. Denn arme Menschen werden in Deutschland aufgrund der Tatsache bestraft, dass sie arm sind. Viele Strafgesetze treffen arme Menschen härter als reiche. Wir wollen das ändern!

Wir wollen das Strafrecht so reformieren, dass von Armut betroffene Menschen nicht wegen ihrer Geldnot ins Gefängnis müssen, wie z. B. durch das Fahren ohne Fahrschein, was seit der NS-Zeit eine Straftat ist. Das trifft vor allem die Menschen, die sich die steigenden Preise von Bahn und Bus schlichtweg nicht leisten können. Kann eine Geldbuße nicht gezahlt werden, so kommt an der Stelle sogar eine Freiheitsstrafe in Betracht. Diese absurde Regelung wollen wir als LINKE im Bundestag abschaffen. Dazu gehört auch das „Containern“, denn wer Lebensmittel rettet, darf nicht bestraft werden! Die systematische Benachteiligung von armen Menschen im deutschen Strafrecht muss endlich beendet werden! Hierfür setze ich mich ein. ■

Wohnungspolitik: Ampel steht für Stillstand

VON CAREN LAY Bundeskanzler Olaf Scholz warb im Wahlkampf zur Bundestagswahl 2021 mit dem Slogan: „Kanzler für bezahlbares Wohnen“. Doch nach über einem Jahr Ampelkoalition ist davon nichts zu spüren. Ganz im Gegenteil, die Ampel steht für wohnungspolitischen Stillstand, während die Mieten im ganzen Land immer weiter steigen.

Als im November 2021 das kommunale Vorkaufsrecht am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig in seiner bestehenden Form quasi für nichtig erklärt wurde, gab es aus den Reihen der Koalition vollmundige Ankündigungen, das Vorkaufsrecht schnell wieder herstellen zu wollen. Seither wurden wahrscheinlich hunderte Häuser verkauft, ohne dass die Mieter*innen oder die Kommunen die Chance hatten, das Vorkaufsrecht auszuüben. Und von der Ampel? Nichts. Obwohl das Gesetz zum Vorkaufsrecht immer wieder auf der Tagesordnung des Kabinetts stand, konnten sich SPD, Grüne und FDP bisher nicht auf einen Gesetzentwurf einigen.

Ähnlich dramatisch ist es bei den Sozialwohnungen. Bauministerin Geywitz

kündigte zu Beginn ihrer Amtsperiode an, dass künftig 100.000 neue Sozialwohnungen im Jahr gebaut werden sollen. Nur reicht das bereitgestellte Geld dazu hinten und vorne nicht. Das Resultat im Jahr 2022: Statt 100.000 neuer Sozialwohnungen gab es bundesweit ein Minus von 27.000 Sozialwohnungen. Angesichts dieser Tatsache wäre ein Sondervermögen für den Sozialen Wohnungsbau wesentlich sinnvoller als ein Sondervermögen für mehr Rüstung und Panzer.

Auch beim Thema Indexmietverträge gibt es keinerlei Fortschritt in der Ampel. Obwohl durch die hohe Inflationsrate die Mieten hunderttausender Menschen im vergangenen Jahr um bis zu 10% stiegen, hat die Ampel, im Gegensatz zur Linksfraktion, noch keine Initiative auf den Weg gebracht, Indexmietverträge zu verbieten. Trotz mehrfacher Ankündigung von Bauministerin Klara Geywitz. Sie verkommt immer mehr zur Ankündigungsministerin, während die Mieter*innen unter den stark gestiegenen Mieten ächzen. Das muss sich dringend ändern – als Linksfraktion werden wir darum kämpfen. ■



Caren Lay

ist die Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag für Mieten-, Bau- und Wohnungspolitik sowie für Clubpolitik. Sie wurde 1972 geboren, ist studierte Soziologin und vertritt seit 2009 den Wahlkreis Bautzen in Berlin. Zuvor saß sie für DIE LINKE im Sächsischen Landtag.

Der Härtefallfonds ist Volksverarsche!

VON SÖREN PELLMANN Die Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung gehören zu den schwerwiegendsten Fehlern der Deutschen Einheit. Der Härtefallfonds der Bundesregierung u.a. für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner korrigiert diesen Fehler nicht. Im Gegenteil, er ist eine weitere Demütigung für hunderttausende Betroffene, die keinen Cent erhalten werden.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat auf meine Anfrage im Bundestag geantwortet, dass voraussichtlich rund 90% der Anspruchsberechtigten aufgrund der harten Kriterien des Fonds komplett leer ausgehen werden. Zum Beispiel gilt eine Rentenobergrenze: Wer mehr als 830 Euro Rente hat, wird nicht entschädigt. Das ist Volksverarsche!

Daraufhin habe ich Carsten Schneider, Ostbeauftragter der Bundesregierung, einen Brief geschrieben, um einen kulantesten Umgang der Anträge zu erwirken. Seine kalte Antwort: „Angesichts der jahrelangen und intensiven Abstimmungen von Bund und Ländern über die Konzeption des Härtefallfonds kommt eine erneute inhaltliche Diskussion

nicht in Betracht.“ Nichtsdestotrotz rate ich allen Betroffenen, einen Antrag zu stellen. Nur so kann der Druck auf die Bundesregierung erhöht werden. Es ist falsch, dass sich die Landesregierung in Sachsen verweigert. In Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, wo DIE LINKE regiert, werden Mittel bereitgestellt. Es geht um rund 500.000 Rentnerinnen und Rentner, die z.B. bei der Post, bei der Reichsbahn der DDR oder im Gesundheitswesen beschäftigt waren. Diese Menschen haben ihr Leben lang hart gearbeitet und Beiträge gezahlt. Sie kämpfen seit über 30 Jahren für die Anerkennung ihrer Rentenansprüche. Laut einer Studie wurden ostdeutschen Rentnern seit 1991 rund 40 Milliarden Euro vorenthalten.

Wir fordern, dass der Härtefallfonds zu einem Gerechtigkeitsfonds erweitert wird: 1. Entschädigungszahlung für alle Betroffenen. 2. Mindestens 10.000 Euro pro Person. 3. Aufstockung der Bundesmittel: Aktienrente beerdigen und mit diesen Mitteln entschädigen. Wir brauchen einen Fonds, der die Lebensleistung der Ostdeutschen anerkennt. Politische Lösung für alle statt Almosen für wenige! ■



Sören Pellmann

ist Ostbeauftragter und Sprecher für Inklusion und Teilhabe. Daneben ist er Sprecher der Landesgruppen Sachsen und Ost der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Der 45-jährige Grund- und Förderschullehrer gewann 2017 und 2021 das Direktmandat im Wahlkreis Leipzig-Süd. Er sitzt zudem für DIE LINKE im Leipziger Stadtrat und ist dort Vorsitzender seiner Fraktion.

Wahlkreisbüro Bautzen
MdB Caren Lay
Schülerstr. 10
02625 Bautzen
Telefon: 03591/270542
Telefax: 03591/270543

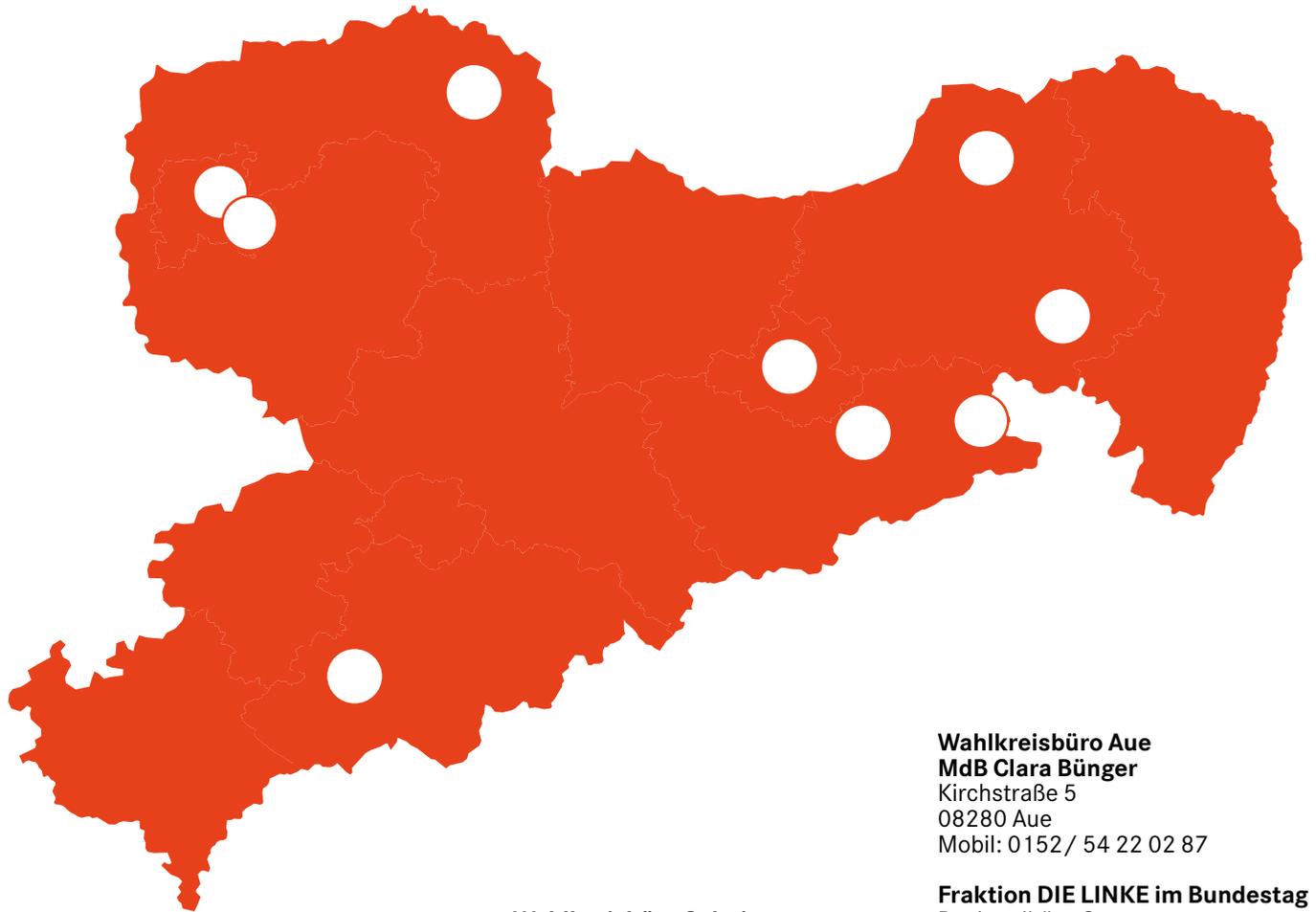
Wahlkreisbüro Dresden
MdB Clara Bünger
Großenhainer Str. 93
01127 Dresden
Telefon: 0351/ 84709804

Wahlkreisbüro Hoyerswerda
MdB Caren Lay
D.-Bonhoeffer-Str. 4
02977 Hoyerswerda
Telefon: 03571/608118
Telefax: 03571/608481

Wahlkreisbüro Leipzig-Süd
MdB Sören Pellmann
Braustraße 15
04107 Leipzig
Telefon: 0341/94549995
Telefax: 0341/94549997

Wahlkreisbüro Leipzig-West
MdB Sören Pellmann
Stuttgarter Allee 18
04209 Leipzig
Telefon: 0341/2318440
Telefax: 0341/2318444

Wahlkreisbüro Pirna
MdB Dr. André Hahn
Lauterbachstr. 4
01796 Pirna
Telefon: 03501/5710090
Telefax: 03501/460878



Wahlkreisbüro Aue
MdB Clara Bünger
Kirchstraße 5
08280 Aue
Mobil: 0152/ 54 22 02 87

Wahlkreisbüro Sebnitz
MdB Dr. André Hahn
Lange Str. 34
01855 Sebnitz
Telefon: 035971/189822

Fraktion DIE LINKE im Bundestag
Regionalbüro Ost
Schloßstraße 12
04860 Torgau
Telefon: 03421/776365
Telefax: 03421/776272

Clara Bünger

clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Telefon: 030/227-72289
Telefax: 030/227-23 72289

Facebook: /ClaraBuenger
Instagram: @Clara.Buenger
Twitter: @c_ab_
TikTok: @clara_buenger

Dr. André Hahn

andre.hahn@bundestag.de
andre-hahn.eu

Telefon: 030/227-75777
Telefax: 030/227-76777

Facebook: /drandreahn

Caren Lay

caren.lay@bundestag.de
caren-lay.de

Telefon: 030/227-74126
Telefax: 030/227-76126

Facebook: /Caren.Lay
Instagram: @Caren.Lay
Twitter: @CarenLay

Sören Pellmann

soeren.pellmann@bundestag.de
soeren-pellmann.de

Telefon: 030/227-75520
Telefax: 030/227-70518

Facebook: /MdBSoerenPellmann
Twitter: @LINKEPELLI
Instagram: @soerenpellmann
TikTok: @pellmann



Impressum

Eine Zeitungsbeilage der **Landesgruppe Sachsen** innerhalb der

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Büro der Landesgruppe Sachsen
c/o linXXnet
Brandstraße 15
04277 Leipzig

Landesgruppenkoordinator Sachsen:
Marko Forberger
landesgruppe.linke-sachsen@
bundestag.de

Telefon: 0341/ 3081199
Mobil: 0163 / 3846548

linke-landesgruppe-sachsen.de

Mitarbeiterin **Südwestsachsen:**
Charlotte Roffalski
linke-ig-sachsen.ma04@bundestag.de

Mitarbeiter **Nordwestsachsen/
Landkreis Leipzig:**
Michael Eichhorn
linke-ig-sachsen.ma02@bundestag.de

V.i.S.d.P.: Sören Pellmann

Gestaltung: William Rambow
Fotos: Chris Colditz, William
Rambow, Olaf Krostitz

DIE LINKE.

Arbeit ist nicht alles: Feiertage nachholen!

Schluss mit Geschenken an die Wirtschaft, meint Rico Gebhardt, Fraktionschef der LINKEN im Landtag

RICO GEBHARDT

► Vorsitzender der Linksfraktion Sachsen

Es ist ein Ärgernis: Wenn Feiertage aufs Wochenende fallen, gehen sie den Beschäftigten ersatzlos verloren – und die Unternehmen dürfen sich über mehr Arbeitszeit freuen. Bisher regiert der Kalender: Im letzten Jahr fielen drei Erholungstage weg (2021 sogar fünf!), auch der Neujahrstag 2023 war ein Sonntag. Am Montag nach dem 1. Januar fand in Sachsen noch kein Schulunterricht statt, auch viele Kindertageseinrichtungen waren nicht oder nur eingeschränkt geöffnet. Die Eltern waren also gezwungen, zuhause zu bleiben, wenn sie die Betreuung nicht anderweitig absichern konnten. Auch auf vielen Baustellen ruhte die Arbeit noch, nicht wegen des Wetters, sondern weil wohl viele Unternehmen noch einen zusätzlichen Betriebsruhetag hielten. Das kostete die Beschäftigten dann einen Urlaubstag.

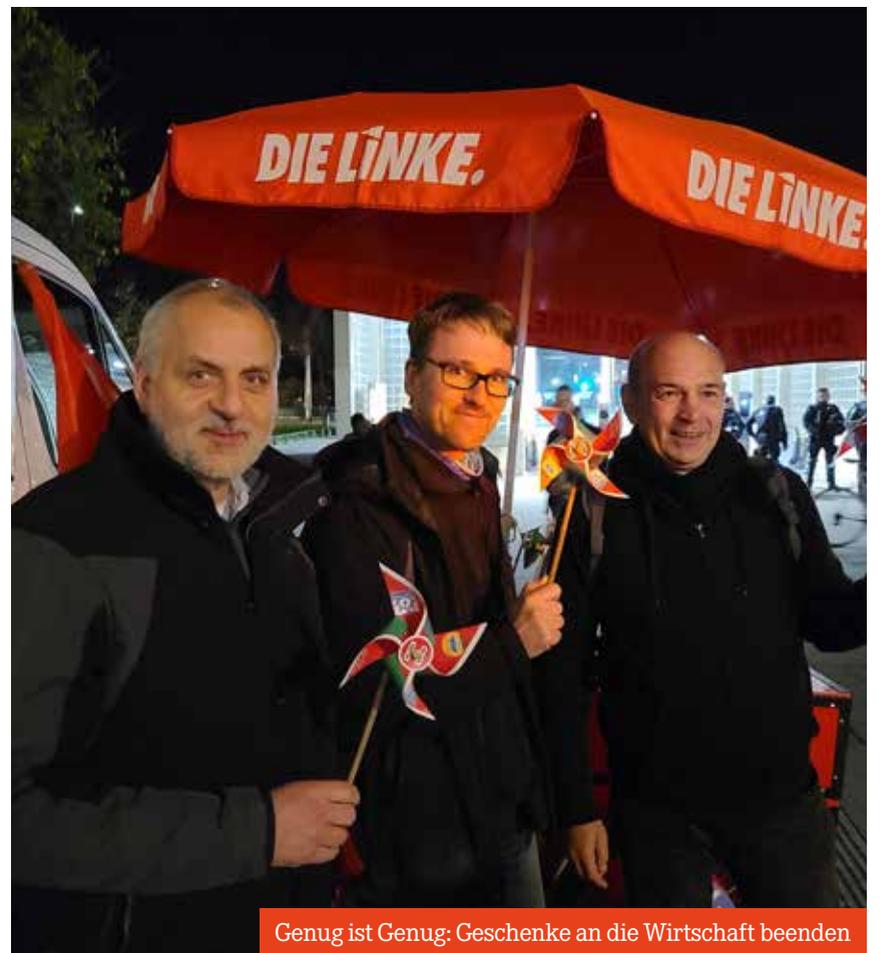
Wir wollen Gerechtigkeit nicht nur beim Geld, sondern auch bei der Arbeitszeit. Sachsen muss gesetzlich regeln: Wochenend-Feiertage werden nachgeholt! 80 Staaten verfahren bereits so, etwa Spanien, Belgien, Luxemburg und Großbritannien. Das würde die Erholung der Beschäftigten und deren Zufriedenheit fördern, was wiederum die Produktivität beflügelt

– das sagt auch die Forschung. Der inhaltliche Hintergrund der Feiertage lässt sich nicht vom Erholungsaspekt trennen.

Im Jahr 2021 fielen fünf Feiertage auf ein Wochenende.

Als der Landtag den Gesetzesentwurf der Linksfraktion behandelte, zeigten CDU und Rechtsaußen-Fraktion ihren Charakter: Sie sind Lobbyisten für die Unternehmerinnen und Unternehmer, nicht für die arbeitende Bevölkerung. Innenminister Schuster fragte: „Wie kann man nur auf diese Idee kommen?“ Schließlich sinke das Bruttoinlandsprodukt, wenn Feiertage nachgeholt würden. Für den rechten Rand des Parlaments ist der Vorschlag „hirnrissig“ und „völlig leistungsfeindlich“, wie der AfD-Sprecher schimpfte.

In jeder Feiertags-Debatte wird vor wirtschaftlichen Verheerungen gewarnt – aber den Zusatznutzen infolge ausgefallener Feiertage nimmt die Wirtschaft gern an. DIE LINKE sagt: Schluss mit diesen Geschenken! ■



Genug ist Genug: Geschenke an die Wirtschaft beenden

Es fehlen Arbeits-, nicht nur Fachkräfte

Sachsen braucht eine gerechtere Arbeitswelt

NICO BRÜNLER

► Landtagsabgeordneter, Sprecher für Wirtschaft

Seit Jahrzehnten kennen viele sächsische Familien dieses Schicksal: Die Arbeit veranlasst zum Umzug in die Großstadt oder gar gen Westen, und Kinder zu bekommen bedeutet für viele immer noch ein Armutsrisiko. Die zweite Sozialberichterstattung für den Freistaat zeigt die Folgen: In den meisten Gebieten schrumpft die Erwerbsbevölkerung teils dramatisch. Selbst wenn die Geburtenzahl plötzlich stark wüchse, könnte sie das nicht mehr ausgleichen. Dabei geht es längst nicht nur um Fachkräfte, sondern ganz allgemein um Arbeitskräfte. Was tun für genug Nachwuchs, neben der richtigen Forderung, mit Digitalisierung und Produktivitätssteigerung Arbeitsvolumen einzusparen?

Die Antwort lautet nicht, die Beschäftigten zur Mehrarbeit zu „nötigen“, wie es ein Beschluss der CDU Sachsen nahelegt: Wer „mehr Flexibilität“ fordert und einen späteren Renteneintritt befürwortet, will Druck ausüben – auf wen, ist klar. Die meisten Teilzeitbeschäftigten haben gute (oft persönliche oder familiäre) Gründe, verkürzt zu arbeiten, und können sich das nicht aussuchen. Ministerpräsident Michael

Kretschmer spricht mit gespaltener Zunge, wenn er im Niedriglohnland Sachsen „gute Arbeitsbedingungen für Vollzeitkräfte“ fordert: Seine Koalition bringt bisher nicht einmal ein Vergabegesetz zustande, das faire Entlohnung konsequent zur Voraussetzung für staatliche Aufträge macht. Damit könnten Freistaat und Kommunen Druck machen, schließlich ist der Staat der größte Auftraggeber. Bisher zählt oft nur das billigste Angebot – wer nach Tarif oder sogar noch besser zahlt, wird also bestraft. Wir fordern eine gesetzliche Regelung: Ordentliche Arbeitsbedingungen und ein Stundenlohn von 13,50 Euro brutto, auch bei Leiharbeit und Subunternehmen, sind das Mindeste!

Sachsen muss Rezepte gegen die hohe Zahl an Schul-, Ausbildungs- und Studienabbrüchen entwickeln. Die Kindertagesbetreuung in Tages-Randzeiten ist weiter auszubauen. Vor allem aber muss der Freistaat Arbeitskräfte von außen anziehen. Auch hier spricht Kretschmer mit gespaltener Zunge, wenn er fordert, die „Hürden für qualifizierte Personen aus dem Ausland zu senken“. Zunächst einmal müssten Arbeitskräfte überhaupt willens sein, sich hier niederzulassen. Wer im Ausland geboren wurde oder dort

verwurzelt ist, muss hierzulande teils Ablehnung und Vorurteile fürchten. Rassistische Anwürfe treffen geflüchtete Menschen genauso wie zugewanderte Topkräfte aus der Wissenschaft. Kretschmers Partei und insbesondere Innenminister Armin Schuster nähren trotzdem den Eindruck, dass Abschreckung vor Attraktivität kommt, und vermitteln Skepsis statt Offenheit beim Blick auf Menschen aus anderen Ländern. Bestes Beispiel ist der hier berufstätige Pham Phi Son samt Ehefrau und hier geborener Tochter, die nach Vietnam abgeschoben werden sollen, während Sachsen dort Arbeitskräfte anwerben will. Wer denjenigen politisch den Rang ablaufen will, die unser Land abschotten wollen, wirtschaftet es herunter – menschlich wie wirtschaftlich.

Für mehr Nachwuchs sind rasche Lösungen nötig. Auf einigen Feldern ist der Staat handlungsfähiger als auf anderen: Beispielsweise hat die Staatsregierung Instrumente in der Hand, Haus- und Facharztpraxen zu retten. Gegenüber 2019 hat sich die Zahl der unbesetzten Hausarztstellen fast verdoppelt, in 32 der 48 Planungsbeiräte droht Unterversorgung. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass alle Menschen wohnortnah ärztlich ver-

sorgt werden. Deshalb müssen mehr Polikliniken entstehen, innovative Praxismodelle und mobile Angebote gefördert werden. Wer eine Praxis gründen oder übernehmen will, darf nicht mit dem finanziellen Risiko alleinbleiben.

Auch der Lehrkräftemangel lässt sich anpacken. Die Kultusministerkonferenz „wirbt“ für den Beruf mit der Empfehlung, Klassen zu vergrößern und Teilzeit-Möglichkeiten einzuschränken. Richtig wäre stattdessen: Lehrpläne entschlacken, mehr Personal für unterrichtsfremde Arbeiten einstellen, Lehrkräfte flexibel nach Schulstufen und am besten dual ausbilden. Das bringt mehr Praxisbezug. Am besten wäre es, die Klassen und die Unterrichtsverpflichtung sogar zu verringern – das würde Lehrkräfte anlocken. Allerdings müsste der Freistaat dann mehr Personalkosten bereitstellen.

Innenminister Schuster hat einmal im Landtag gesagt: „Es gibt in Sachsen nicht den geringsten Grund, an der CDU zu zweifeln. Vertrauen Sie uns. Ist besser so.“ Das ist ebenso arrogant wie falsch. Wir machen weiter Druck für gerechtere Löhne und faire Arbeitsbedingungen! ■

Milieuschutz für Kleinod

DR. VOLKER KÜLOW

► Stadtrat, Sprecher für Soziales

Die in den 1960/70er-Jahren entstandenen Garagenhöfe – 227 an der Zahl – prägen weite Teile des Stadtbildes. Mit viel Herzblut und mühsam besorgtem Baumaterial errichtet, sind sie für die meisten der über 11.000 Garagenpächterinnen und -pächter nicht nur ein wettergeschützter Unterstellplatz für ihr geliebtes Auto, sondern seit Jahrzehnten auch ein Teil der eigenen Biographie. Darüber hinaus ordnet sich das Thema in den Problemkreis Verkehr und öffentlicher Raum sowie zukünftige soziale Infrastruktur ein; die Stadt braucht z.B. neue Schulstandorte und dafür muss mancher Garagenhof notwendigerweise aufgegeben werden.

Jetzt haben tausende Garagenpächterinnen und -pächter endlich Rechtssicherheit.

Dabei steht dann automatisch die Frage, wer die Abrisskosten trägt. Nach langer Debatte beschloss der Leipziger Stadtrat am 15. März den Antrag der Linksfraktion „Keine Abrisskosten für Garagenpächterinnen und -pächter auch bei Grundstückstausch oder anderweitigem Eigentümerwechsel“. Bislang galt für den Fall der erforderlichen Räumung der in Rede stehenden Garagengrundstücke die Kostenübernahmeverpflichtung zu Lasten der Pächterinnen und Pächter. Im Sinne der Gleichbehandlung setzen wir nunmehr durch, dass die Stadt die vollständige Befreiung von Abrisskosten auch garantiert, wenn sie die entsprechenden Garagenhöfe sowohl als Bau-, aber auch als Tauschgrundstück nutzt. Es kann aus unserer Sicht doch nicht sein, dass die oftmals seit Jahrzehnten mit Herzblut gepflegten Garagen aufgegeben werden und in Folge eines Grundstückstauschs dann auch noch die Abrisskosten getragen werden müssen. Nach dem Abstimmungserfolg im Stadtrat haben jetzt tausende Garagenpächterinnen und -pächter endlich Rechtssicherheit. Die Abrisskostenfrage ist nunmehr klar und transparent geregelt. Links wirkt ■



Steffen Wehmann (li.) und Volker Külow (re.) im Gespräch mit Garagen-Pächtern.

Mietenwahnsinn und Energiepreis-Spirale stoppen!

JULIANE NAGEL

► Stadträtin und Landtagsabgeordnete

Die Mieten steigen in Leipzig weiter. Leipziger*innen müssen mehr als 30 % ihres Einkommens für die Miete aufbringen. Bei Alleinerziehenden, Studierenden und Rentner*innen liegt die Belastung noch höher. In Zeiten steigender Energie- und Gaspreise drohen die Nebenkosten zur zweiten Miete zu werden.

DIE LINKE setzt sich seit jeher dafür ein, Wohnen als Grundrecht zu verankern.

Um das Wohnen als essentiellen Teil der Daseinsvorsorge zu sichern und bezahlbar zu halten, braucht es mehrere Stellschrauben: Löhne und Renten müssen insbesondere im Osten steigen. Und: Es braucht Entlastungen bei den Wohnkosten. Dabei geht es auf der einen Seite um die Abfederung der steigenden Energie- und Heizkosten, die schon jetzt und rückwirkend zum Jahr 2021 für die stärkere Belastung von Mieterinnen und Mietern sorgen. Energiearmut ist nicht allein Resultat

von Inflations- und Kriegszeiten, sie betrifft vor allem Menschen, die sowie so von Armut betroffen sind und in energetisch schlechten Wohnhäusern leben. Im schlimmsten Falle riskiert eine alleinerziehende Mutter auch in Leipzig eine Stromsperre, wenn sie nicht am Essen für die Kinder spart.

Wenn zu höheren Neben- und Stromkosten dann noch eine Mieterhöhung kommt, wie es bei vielen Haushalten in Leipzig regelmäßig der Fall ist, ist für viele das Ende der Fahnenstange erreicht.

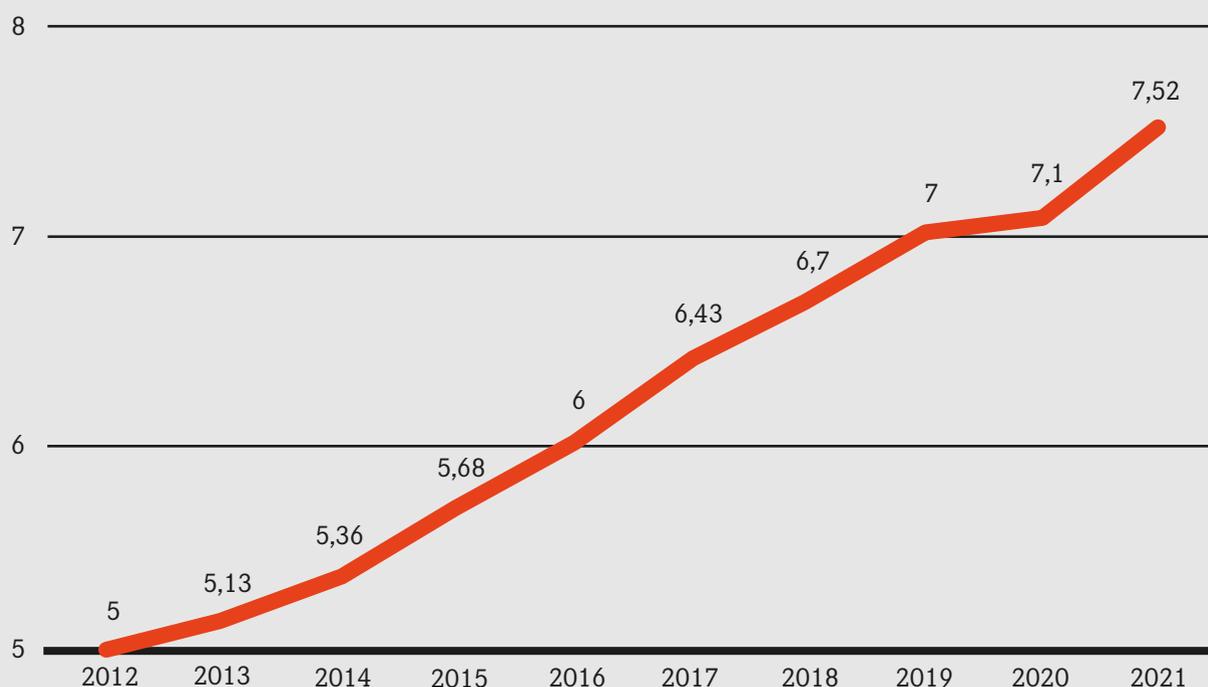
Als LINKE kämpfen wir für effektive Preisregulierung und -senkung oder etwa das Verbot von Strom- und Gaspreisen. In Bremen hat die dortige Regierung auf Betreiben der mitregierenden Linkspartei ein solches gesetzliches Verbot zugunsten von zinsfreien Darlehen im Bundesrat beantragt. In Berlin hat die LINKE in der Regierung einen Mietestopp bei den landesweiten Wohnungsunternehmen durchgesetzt. Es gibt Möglichkeiten, Belastungen effektiv abzufedern. Doch dafür braucht es einen politischen Willen. In Sachsen haben wir verschiedene Initiativen ergriffen, um Mieter*innen vor steigenden Lebenshaltungs- und Energiekosten zu schützen und stießen damit bei der Landesregierung aus CDU, Grünen und SPD auf Granit. Somit liegen die Risiken bei den Mieter*innen. Mietervereine und Verbraucherinitiativen prognostizieren, dass die

Auswirkungen der Krise früher oder später verzögert kommen werden. Wir werden also nicht locker lassen für soziale Abfederungen zu kämpfen.

Auch der klimagerechte und energieeffiziente Um- und Neubau von Wohngebäuden wird in Zukunft vor allem soziale Lösungen brauchen. Es ist davon auszugehen, dass ein großer Teil der Wohngebäude, auch in Leipzig, nicht den notwendigen energetischen Standards entsprechen. Das ist nicht nur schlecht fürs Klima, sondern vor allem für die darin wohnenden Menschen. Wir setzen uns dafür ein, dass notwendige Modernisierungen von Wohngebäuden nicht zulasten der Mieterinnen und Mieter gehen. In Leipzig haben wir dafür ein Programm auf den Weg gebracht, das Vermietern Zuschüsse garantiert, wenn sie die Mieten nach Modernisierung stabil halten. Auch im Land haben wir ein derartiges Förderprogramm gefordert. Im Bund muss die Modernisierungsumlage grundsätzlich abgeschafft werden. Sie stellt keinerlei Anforderungen an messbare Energieeinsparungen nach Sanierung/Modernisierung von Gebäuden, treibt aber die Mieten in die Höhe.

DIE LINKE setzt sich seit jeher dafür ein, Wohnen als Grundrecht zu verankern. Unser großes Ziel ist und bleibt es, Wohnen der Marktlogik zu entziehen und Profitmaximierung auf Kosten der Mieterinnen und Mieter endlich zu unterbinden. ■

Entwicklung der Angebotsmieten in Leipzig 2012 bis 2021 (in € pro m²)



Quellen: Stadt Leipzig (Amt für Statistik und Wahlen); Value AG (Marktdatenbank); via Statista.de

Klima- und Energiepolitik in Sachsen – wer profitiert, wer verliert?

Interview mit Marco Böhme, Energiepolitischer Sprecher der Linksfraktion im Sächsischen Landtag

I nterview

Marco Böhme sitzt seit 2014 für die Linksfraktion im Sächsischen Landtag. Neben seinem Engagement für die Themen Klimaschutz, Energie und Mobilität ist er auch Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion. Stadtrat Michael Neuhaus hat mit ihm gesprochen:

Seit der Landtagswahl wird Sachsen von einer Kenia-Koalition regiert. Die Grünen stellen den Energie- und Klimaminister. Ist die Trendwende in der Klima- und Energiepolitik endlich eingetreten?

Schön wär's. Leider hat sich in Sachsen nicht viel getan. Sachsen ist weiter Schlusslicht beim Ausbau erneuerbarer Energien – insbesondere der Windkraftausbau stockt. Dabei ist Windstrom der kostengünstigste Energieträger überhaupt – und sorgt für Arbeitsplätze und Einnahmen vor Ort.

In Sachsen gibt es immer noch kein Klimaschutzgesetz. Wir haben ein solches vorgelegt, weil hier die Treibhausgasemissionen seit über 20 Jahren nicht sinken. Wir brauchen einklagbare Reduktionsziele und ebenso einen klaren Plan, wie wir schleunigst aus der Kohleverstromung aussteigen können. Es gibt lediglich ein von der Regierung am Landtag vorbei beschlossenes und nun veraltetes Klimaprogramm, wozu es aber bis heute keine einzige Maßnahme gibt, die die dortigen groben Ziele untersetzen könnte.

Also lieber statt eines Energie- und Klimaprogramms des Kabinetts, ein verbindliches Klimaschutzgesetz? Was fordert ihr da konkret und was ist der Unterschied?

Das eine ist ein vom Parlament beschlossenes Gesetz, was für alle Ministerien, Kommunen und die Industrie verbindlich und einklagbar ist. Das andere ist nur eine Absichtserklärung der Regierung.

Wir können uns so eine Trödelei und Unverbindlichkeit nicht länger leisten! Unsere Kommunen wollen vorangehen, wollen Maßnahmen umsetzen, doch der Freistaat lässt sie viel zu lange schon allein. Es braucht zum Beispiel eine Solardachpflicht für Neubauten und Hitzeaktionspläne, die vor allem Ältere und Kinder im Sommer schützen. Es braucht einen raschen Ausbau des ÖPNVs und wirkliche Vergünstigungen und nicht zuletzt auch mehr Teilhabe und demokratische Kontrolle der Bevölkerung.

Wir wollen ferner mit dem Gesetz terminierte Ziele zur Treibhausgas-minderung verbindlich festlegen. Werden diese nicht erreicht, müssen entsprechend verschärfte Maßnahmen ergriffen werden. Gleichzeitig muss bei allen Vorhaben ein Sozialverträglichkeitsgrundsatz gelten, mit dem verhindert werden soll, dass die umzusetzenden Maßnahmen nicht zur sozialen Ungleichheit oder gar Armut führen. Wenn man es richtig macht, können Klimaschutzmaßnahmen auch eine große Chance sein, Armut und Reichtum umzuverteilen und das Land gerechter zu machen. Denn es sind vor allem die Wohlhabenden, die diesen Planeten zerstören.

Wir erleben hautnah, wie fossile Energien knapp und teuer werden, erneuerbare Energien aber nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind. Wie hat Sachsen auf die Energiekrise reagiert?

Ich sehe bis heute keinerlei Verantwortungsbewusstsein bei der Landesregierung, hier endlich auch selbst aktiv zu werden. Es wird in allen Bereichen nur auf den Bund geschaut und gemeckert.



An der Seite der Beschäftigten für eine soziale Klimapolitik

Dabei müsste der Freistaat selbst schon viel weiter sein. Nicht nur beim Ausbau der Erneuerbaren, auch beim Thema Wasserstoff oder Strukturwandel wird in Sachsen größtenteils nur viel geredet, aber es passiert viel zu wenig. Hinzu kommt: Sachsen hat immer noch keine richtigen Hilfsprogramme aufgelegt, um der Bevölkerung oder den Unternehmen unter die Arme zu greifen. Ich finde das unfassbar.

Zum Schluss: Was für eine Klima- und Energiepolitik wünschst Du Dir konkret?

Der größte Treiber des Klimawandels ist die soziale Ungleichheit, dort muss vor allem hingeschaut werden. Natürlich müssen wir unsere Wohnungen besser dämmen und erneuerbare Energien auch zum Heizen nutzen. Nur braucht es dafür ordentliche Förderprogramme. Statt 100 Milliarden Euro für Aufrüstung, braucht es ein massives Investitionsprogramm zur Wärmewende. Das macht unabhängig von teuren fossilen Energieträgern, spart Energie und bietet Wertschöpfung vor Ort – ohne, dass Mieter oder Hausbesitzer durch die Investitionskosten völlig ruiniert werden. ■

Leipzig ist klimabewusst!

HEIKO ROSENTHAL

► Bürgermeister für Umwelt, Klima, Ordnung und Sport

Die Stadt Leipzig strebt Klimaneutralität mit 0,25 t CO₂-Ausstoß pro Einwohner und Jahr bis 2040 an. Dazu hat der Stadtrat im Oktober 2023 das Energie- und Klimaschutzprogramm 2030 und das Umsetzungsprogramm für die Jahre 2023 und 2024 beschlossen. Als kommunalpolitische Hebel wurden der Verkehr und die Strom- und Wärmeversorgung benannt. Ziel ist dabei u. a., im Verkehr bis 2030 den Umweltverbund mit dem Rückgrat des ÖPNV auf 70 % zu steigern oder in der Strom- und Wärmeversorgung bis 2038 klimaneutral zu sein und komplett auf fossile Brennstoffe zu verzichten.

Aktuell hilft auch jede kleine Maßnahme, dem Ziel näher zu kommen. In der Stadtverwaltung bedeutet das u. a. die Verbreitung von Mitarbeiterinformationen zu Strom- und Wärmeeinsparungen am Arbeitsplatz, die Abschaltung von sog. Effektbeleuchtungen (u. a. am Neuen Rathaus), die Überprüfung aller Gebäudeinnenbeleuchtungen oder die Absenkung der Raumtemperatur auf 19 Grad.

Im großen Maßstab erfolgt noch in diesem Jahr die Vorlage einer kommunalen Wärmeplanung, die Erstellung eines kommunalen Energiekonzepts oder die Verabschiedung der kommunalen Energieleitlinie, in welcher die städtischen Energieeffizienzstandards

und Sanierungsquoten verbindlich festgeschrieben werden.

Die langfristigen kommunalen Maßnahmen sind vor allem durch Investitionen in die Infrastruktur geprägt. Die individuellen Maßnahmen aller Leipziger werden im Einzelfall möglicherweise als kleinteilig wahrgenommen, sind aber in Summe genauso hilfreich und wertvoll. Und gute Beispiele gibt es in unserer Stadt viele – von der solidarischen Landwirtschaft bis zur Energiegenossenschaft, vom Lastenradverleih bis zum Reparaturcafé. Und am Ende hilft die Einsparung im Kleinen wie im Großen, Geld zu sparen und teure zukünftige Klimaanpassungsmaßnahmen zu vermeiden.

Bei der Formulierung des Energie- und Klimaschutzprogramms 2030 war uns die Sicht der Leipziger genauso wichtig. In den Leipziger Klimakonferenzen und bei der Beteiligung des Klimabeirates wurden wertvolle Hinweise und gute Projektideen vorgetragen und in städtisches Handeln übersetzt. Dabei kommt auch die Sicherung der sozialen Stabilität nicht zu kurz. Ein kommunales Investitionsförderprogramm für Eigentümer und Vermieter als Investitionsanreiz bei gleichzeitiger Verpflichtung zur Gewährung stabiler Mieten sorgt für Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. ■

